

franken sollen insgesamt 30 Priesterseminarien errichtet werden. Davon 16 in China, 1 in Korea, 3 in französisch Indo-China, 6 in Britisch-Indien, 2 in Niederländisch-Indien, 1 auf der Insel Martinique und 1 in Skandinavien.

Schweiz. In Befolgung der Mahnung des Heiligen Vaters, auf dem Missionsfelde die Anstalten zur Ausbildung einheimischer Priester zu mehren und den Unterhalt der Schulen durch Stiftungen zu sichern, haben die beiden Bistümer St. Gallen und Lausanne-Freiburg die Errichtung von Priesterschulen zu Uida in Dahomey und zu Hanoi in Tonking übernommen. Verschiedene Pfarrgemeinden und Erziehungsanstalten sicherten den Unterhalt von 14 Schülern. Das ist praktische Missionsarbeit!

Italien. Der Landesdirektor des Werkes vom heiligen Petrus zur Heranbildung eines einheimischen Klerus in den Missionsländern hat sich an die katholischen Banken Italiens gewandt mit der Bitte, je einen Seminaristen in den Missionsgebieten zu adoptieren. Es handelt sich um die Erlegung der einmaligen Summe von 6000 Lire oder um Zahlung dieses Betrages im Verlaufe von sechs Jahren. Eine ganze Reihe von Banken hat ihre Hilfe zugesagt. Man bereitet ein Album vor mit den Bildern der adoptierten Seminaristen und mit den Unterschriften der jeweiligen Bankdirektoren. Dieses Album soll später dem Heiligen Vater überreicht werden.
(„Kath. Miss.“ 1927, 320.)

Sammelstelle. Bisher ausgewiesen: 920.58 S. Neu eingelaufen: Beim Berichterstatter: 10 S.

Gesamtsumme der bisherigen Spenden: 930.58 S. — Deo gratias!

Kirchliche Zeitläufe.

Von Dr. Josef Massarette.

1. *Neue Diskussionen über die Römische Frage.* — 2. *Aus dem Vatikan: Die Weihe des ersten japanischen Bischofs. Ein Konkordat zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Litauen. Von der Hl. römischen Rota. 400 nord-amerikanische Legionäre beim Papst. Einweihung eines Denkmals der päpstlichen Schweizergarde. König Boris von Bulgarien bei Pius XI.* — 3. *Der Hl. Stuhl, die französischen Laiengesetze und die „Action Française“. Des Kardinals Billot Verzicht auf den Purpur.* — 4. *Vom Katholizismus in Polen.*

1. *Neue Diskussionen über die Römische Frage.* Eine römische Meldung des „Figaro“ vom 3. September kündigte an, daß 20 Kardinäle, 300 Erzbischöfe und Bischöfe sowie eine Viertel-million Personen am Eucharistischen Nationalkongreß in Bologna teilnehmen würden. Unter Hinweis auf die Überlassung des riesigen Stadion „Littoriale“ für die Versammlungen des Kongresses bemerkte das Pariser Blatt: „Dies ist die definitive Besiegelung des Bündnisses zwischen Staat und Kirche in Italien.“ Das war stark geflunkert. Die religiöse Kundgebung der italienischen Katholiken, die vom 6. bis 11. September in Bologna stattfand, nahm freilich einen glänzenden Verlauf, wenn auch die Beteiligung nicht die Ziffern des „Figaro“ erreichte. Der Kardinallegat wurde von den staatlichen Behörden feierlich begrüßt, militärische Ehren wurden ihm erwiesen. Eine der nicht seltenen Freundlichkeiten, die Benito Mussolini teils aus politi-

schen, teils aus religiösen Beweggründen der Kirche erweist, die jedoch die Rechtsfrage nicht im geringsten verschieben können.

Letzteres übersehend, möchte die faschistische Presse glauben machen, nun sei alles in Ordnung zwischen den beiden Gewalten. So behauptet „Popolo di Roma“ (10. und 11. September), man habe die Ansprüche auf die „zeitlichen Rechte des Papstes“, auf die „Rechte der Kirche auf Erden“ aufgegeben, verschwunden sei nunmehr in Italien die Uneinigkeit zwischen Katholiken und Staat. Desgleichen wertete die „Tribuna“ vom 15. September den Eucharistischen Kongreß als politisches Ereignis, bezeichnend für die gründliche Wandlung der Beziehungen. — Solcher Irreführung gegenüber erklärte der „Osservatore Romano“ (21. und 22. September), trotz der freundlichen Haltung der gegenwärtigen Regierung bestehe immer noch die römische Frage vom Rechtsstandpunkt aus. Ihr internationaler Charakter sei unleugbar. Erträgliche Verhältnisse, von einer Regierung oder Partei dem Papste zugestanden, seien noch keine Lösung. Das Oberhaupt der Weltkirche bedürfe einer Stellung, die aller Welt offenkundig mache, daß der Papst dem Druck keiner irdischen Macht unterworfen, völlig frei und unabhängig ist. Da grundsätzlich nichts geändert sei, dauere der Konflikt weiter trotz der Besserung des Verhältnisses von Staat und Kirche.

Diese Auffassung mißfiel begreiflicherweise den Tonangebern des faschistischen Regimes, die nichts sehnlicher wünschen, als daß die Weltmacht des Papsttums sich willig den Interessen Italiens dienstbar erweise. *Arnaldo Mussolini*, Bruder des Diktators, brachte im „Popolo d' Italia“ vom 23. September eine Antwort auf die Ausführungen des „O. R.“, während der frühere faschistische Unterrichtsminister, Senator *Giovanni Gentile*, im „Corriere della Sera“ zur römischen Frage Stellung nahm. Er sieht die beste praktische Lösung im sogenannten Garantiesetz. Wohl gibt Gentile zu, daß das internationale Interesse der Kirche für die Ausübung ihrer geistlichen Funktionen in der Welt eine Art juridischer Unabhängigkeit erheischt, wie sie jedem Staate zukommt, also auch ein Territorium, so klein es auch sein mag. Doch bemerkt er sofort, ein solcher Staat, von Italien zugunsten des Papsttums geschaffen, könne jederzeit wieder von Italien unterdrückt werden; eine internationale Intervention, die seine Souveränität begrenzen und unterdrücken würde, müsse es ablehnen. Auch A. Mussolini, der es an überflüssigen Ausfällen nicht fehlen läßt, wendet sich gegen irgendwelche Einmischung des Auslandes in die römische Frage. Er behauptet, das faschistische Italien besitze alle Eigenschaften, um selber darin Richter und Garant zu sein.

Die Antwort des „*Osservatore Romano*“ vom 14. und 15. Oktober, überschrieben „*La questione romana*“, läßt an Klarheit und Sicherheit der Beweisführung, wie in bezug auf Bestimmtheit der Minimalforderungen des Papsttums, nichts zu wünschen übrig. Ihr autoritativer Charakter ist unverkennbar; sie wird dem Kardinal-Staatssekretär Gasparri zugeschrieben. Hier die Hauptgedanken. „Wir sehen nicht ein“, heißt es in der Erwiderung auf den Artikel Gentiles, „warum Italien nicht den Staat schaffen kann, dessen die Kirche, wie Gentile zugibt, für die Ausübung ihrer geistlichen Funktionen in der Welt bedarf. Italien hat ihn allein von sich aus gewaltsam zerstören können und dadurch eine Sachlage vernichtet, die das Werk von Jahrhunderten geschaffen hatte, und daher kann es allein diesen Staat wiederherstellen, wenn nicht im früheren Umfang, so doch wenigstens in dem Maße, das nötig ist, um die sichtbare Unabhängigkeit der Kirchenregierung zu gewährleisten. Es kann ihn wiederherstellen, ohne Selbstmord zu begehen, da nicht ersichtlich ist, wieso ein Miniaturstaat Italien vernichten könnte. Dies ist sogar die Pflicht Italiens; gemäß dem Sittengesetz, das nicht nur für die Einzelnen, sondern auch für die Staaten gilt, muß man den angerichteten Schaden wieder gutmachen. Zur Rückgabe ist verpflichtet, wer genommen hat . . .“ Besteht auch die Möglichkeit, das ganz oder teilweise Zurückgegebene wieder zu nehmen, so ist das doch kein Grund, die Rückgabe zu verweigern. Unabhängigkeitsgarantien, die vor allem Unrecht, vor jeder Schädigung schützen, werden nicht verlangt; solche absolute Garantien sind übrigens nicht von dieser Welt. „Wir sagen, es ist sicher unlogisch und grausam ironisch, dem gänzlich Beraubten zu wiederholen: „Ich gebe dir nicht einmal dieses Wenige, weil ich es dir morgen wieder nehmen kann.“ Im Gegenteil, wenn Italien sich eines Tages entschließen wird, öffentlich vor der Welt diese gerechte Wiedergutmachung zu leisten, sind wir sicher, daß es sein Wort halten wird, ohne daß eine fremde Intervention nötig ist.“ Der Hl. Stuhl ruft weder auswärtige Mächte noch internationale Gerichtshöfe an. Er erwartet, wie Kardinal Gasparri während des Krieges erklärt hat, die Lösung der römischen Frage nicht von fremder Einmischung, sondern vom Gerechtigkeitssinn des italienischen Volkes. Von einer Vereinbarung Italiens mit dem Vatikan werden die Mächte lediglich unter den gewohnten Formen Kenntnis nehmen. — Aufs entschiedenste lehnt „O. R.“ die Behauptung ab, daß die gegenwärtige Lage die einzige praktisch mögliche Lösung der Frage sei. Weit entfernt, sich bewährt zu haben, erwies das Garantiesgesetz sich von Anfang an als ungeeignet, unausführbar, wurde nie angenommen noch angewendet. Die Jahre seit 1870 haben dem Papsttum Beleidigungen, Schmerzen, Dürftigkeit, Sorgen

aller Art gebracht. Daß trotz aller Widerstände das Schifflein Petri zwischen den Klippen durchfahren konnte, ist dem göttlichen Beistande und der Klugheit der Päpste zu verdanken. Den Ruhm der Opfer braucht man denn doch nicht den Verfolgern zuzuteilen. Der einzige wahre Zeuge und einzige Richter seiner Freiheit ist der Papst selber. Er fühlt sich nicht frei. Das haben außer Pius IX. auch Leo XIII., Pius X., Benedikt XV. und Pius XI. immer wieder im Angesicht der katholischen Welt beklagt.

Arnaldo Mussolini hatte u. a. bemerkt, eine Kontroverse von geschichtlich römischem Charakter könne nicht vor internationalen Richtern diskutiert werden; es sei ein juridischer und politischer Irrtum, das Problem der Einheit Italiens mit seiner einzigen, unersetzlichen Hauptstadt Rom dem Urteil von Ausländern zu unterstellen. Unverständlich sei auch die große Eilfertigkeit, mit welcher der „O. R.“ fremde Völker und Regierungen darauf aufmerksam mache, daß der Streit um das Prinzip bleibt, und der Welt versichere, daß der Papst kein Untertan irgend einer rivalisierenden, feindlichen, fremden oder verdächtigen Regierung ist. — Das vatikanische Blatt erwidert, die Kirche beurteile gemäß ihrem alten Brauch die ganze Frage sub specie aeternitatis, unabhängig von Raum und Zeit und habe somit keine Eile. Die römische Frage ist eine universale, da alle Mitglieder der Kirche daran interessiert sind. „Mit einem etwas vulgären, aber bezeichnenden Ausdruck wurde im Ausland bemerkt, der Papst könne nicht der Hauskaplan irgend einer Macht sein; d. h. der Papst als Oberhaupt zur Wahrung der religiösen Interessen der ganzen Welt kann sich nicht in Abhängigkeit oder sonstwie unter dem Einfluß irgend einer, wenn auch noch so trefflichen und katholischen Macht befinden, wie ein Hofkaplan vom Fürsten abhängig ist, in dessen Palast er sein hl. Amt ausübt. Das würde nun aber eintreffen, sobald der Papst sich den 1870 geschaffenen Zuständen anpaßte. Selbst wenn dem nicht so wäre, würde es doch scheinen, daß er von jener Macht abhängig ist, in deren Haus und unter deren Beamten er bereitwillig die Welt leitet. Offensichtlich und fatalerweise würden am gleichen Tage die Gläubigen der katholischen Welt den Papst mit Mißtrauen und Argwohn betrachten und alle seine Handlungen in politischem Sinne deuten und zugleich würde sich der Weg zu schmerzlichem Abfall, zu unberechenbaren Seelenverlusten und, Gott wolle es verhüten, zur Bildung von Nationalkirchen öffnen . . .“ Man möge doch, drängt der „O. R.“, diese klarste und sorgenvollste Seite der Frage nicht außeracht lassen. „Die Lösung muß somit derart sein, daß die Unabhängigkeit des Papstes den Gläubigen der ganzen Welt offensichtlich erscheine . . . Das will nicht besagen, die Katholiken der ganzen Welt hätten über die Lösung zu urteilen oder

ein höchstes Tribunal zu bilden, dem die Kontroverse definitiv zu unterbreiten wäre. Nein. Einziger Richter ist der Papst. Er allein ist durch göttlichen Willen das Haupt der Kirche, der oberste Lehrmeister der Gläubigen, weshalb es ihm zusteht, nicht bloß über die Umstände seiner Freiheit und Unabhängigkeit, sondern auch über die notwendigen und zur Beruhigung der Gläubigen hinreichenden Garantien zu bestimmen. Er allein bildet das einzige, höchste und unanfechtbare Tribunal, dem alle Katholiken sich unterwerfen müssen. Nichtsdestoweniger kann der Papst, bei Prüfung und Abwägung der Lösung, die er nicht von einer fremden Einmischung, sondern vom Rechts- und Gerechtigkeitssinn des italienischen Volkes erwartet, nicht umhin, die gerechten Anforderungen aller übrigen, auch nicht-italienischen Katholiken zu berücksichtigen; er muß einer tatsächlichen Lage und Rechtslage, so groß wie die ganze Welt, Rechnung tragen.“ Wie können solche Beargwöhnungen und Schisma-Gefahren heute vermieden werden? „O. R.“ antwortet unzweideutig: „Solange der Papst sich auf nichteigenem Gebiet befindet, auf demjenigen einer politischen Macht, also im Hause eines andern, ist das einzige Hilfsmittel der offene, klare, allgemein bekannte Zwiespalt mit dem Herrn des Hauses. Darum die dringendste Notwendigkeit der Proteste, welche Notwendigkeit um so größer ist, je unkluger gewisse italienische Journalisten von der Kirchenpolitik der Regierung Anlaß nehmen zur Behauptung, es seien nicht bloß viele antiklerikale Gesetze der früheren freimaurerischen Regierungen unterdrückt, sondern der Zwiespalt selbst sei verschwunden. Daraus erwächst uns die Pflicht, die Dinge wieder an ihren rechten Platz zu stellen . . .“ Zu dem Satz Arnaldos, „der faschistische Staat sei dank seiner Liberalität gegenüber der Kirche ihr Gläubiger“, bemerkt „O. R.“: „Nein, der faschistische Staat, der durch untrennbare Rechtsnachfolge der notwendige Erbe des gestrigen Italien ist, hat das, was der freimaurerische Staat zerstört hat, wiederhergestellt, aber nur teilweise. Indem er der Kirche diesen Teil zurückgab, hat er ihn nicht den Menschen, sondern Gott zurückerstattet . . . Doch sind Gott und seine Kirche immer noch die Gläubiger.“ Das vatikanische Organ schließt seine Darlegung mit den bemerkenswerten Sätzen: „Absolute Notwendigkeiten religiöser Natur fordern, daß dem Papste eine Stellung von Freiheit und Unabhängigkeit gesichert werde, nicht bloß wirklich und vollkommen, sondern auch offensichtlich für die Gläubigen der ganzen Welt. Solange das nach dem Urteil des Papstes nicht in zufriedenstellender Weise erreicht sein wird, legen dieselben absoluten Notwendigkeiten religiöser Natur dem Hl. Stuhl die Pflicht auf, den i. J. 1870 geschaffenen Zwiespalt offen und sichtbar zu erhalten. Jeglicher von Italien einseitig unter-

nommene Versuch einer Regelung ist zum Mißlingen verurteilt, da er nicht die Genehmigung Desjenigen besitzt, der allein die Zügel der katholischen Welt hält und allein, was die religiösen Interessen betrifft, oberster Beurteiler der Lösung und der entsprechenden Garantien ist. Wenn also Herr Arnaldo Mussolini seinen Artikel schließt mit der Behauptung, „Italien könne in der Fülle seiner politischen Kraft mit dem Hl. Stuhle unterhandeln . . . und besitze alle Eigenschaften, um Richter und Bürge zu sein“, so wissen wir nicht, ob diese Schlußfolgerung seine persönliche Ansicht ist oder ob es Ideen weiterer Kreise sind; wie dem auch sei, wir müssen bemerken, daß, solange solche Ideen vorherrschen sollten, wir uns in derselben Lage befinden würden wie an jenem Tage, da man dem Papste das sogenannte Garantiegesetz aufzunötigen suchte. Mit andern Worten, nach Verlauf eines halben Jahrhunderts und nach fünf Jahren Faschismus befänden wir uns — gerade wie derselbe Verfasser anerkennt — am Anfangspunkt . . .“

Die Artikel des „Osservatore Romano“ waren durchaus geeignet, die immer noch brennende römische Frage auf einen praktischen Boden zu stellen. Zwischen den Zeilen ist unschwer die Aufforderung herauszulesen, klipp und klar zu bekennen, ob die weltliche Macht willens sei, das alte Unrecht wenigstens teilweise wieder gutzumachen. Namhafte Blätter außerhalb Italiens zweifelten nicht, daß bereits vorher Verhandlungen weit gediehen waren. Diese Annahme bewahrheitete sich nicht. Aus der kurzen Erwiderung Arnaldo Mussolinis ist nur der Satz zu erwähnen, daß dem Papst das Eigentum statt der Nutznießung der apostolischen Paläste zugestanden werden könnte. Aber Eigentumsrecht ist nicht mit Souveränität oder Rechtshoheit über ein wenn auch noch so kleines Territorium zu verwechseln. Von einem solchen souveränen Besitz wollen aber, allem Anscheine nach, die Machthaber Italiens noch nichts wissen. Ihre *offizielle Antwort* erschien am 20. Oktober im „Foglio d' Ordini“, neben der „Gazzetta Ufficiale“ Amtsblatt des faschistischen Regimes. Sie lautet: „Nach 57 Jahren ist die sogenannte römische Frage in den letzten Tagen wieder sehr aktuell geworden und hat das lebhafteste wie auch berechtigte Interesse Italiens und der Welt erregt. Die Debatte zwischen dem Organ des Hl. Stuhles und einigen faschistischen Schriftstellern gestattet, gegenwärtig folgende Schlußfolgerungen zu ziehen. — 1. Die Form der Debatte war gehoben und ruhig, würdig des delikaten Themas und entsprechend der neuen, vom faschistischen Regime geschaffenen Atmosphäre. — 2. Man kann auf Grund der Artikel des ‚Osservatore Romano‘ sagen, daß die Frage für den Vatikan nicht internationalen Charakter hat, sondern einfach bilateral, also zwischen dem italienischen Staat und dem Hl.

Stuhl zu regeln ist. Dies ist richtig vom Standpunkt der Religion und der Geschichte. Gefährliche Einmischungen und unnütze Komplikationen werden so vermieden. — 3. Aus dem Texte der Artikel des „O. R.“ scheint der Schluß berechtigt, daß die Frage der wirklichen politischen und rechtlichen Unabhängigkeit des Hl. Stuhles nicht notwendigerweise an Bedingungen territorialer Art gebunden ist. Es ist evident, daß für das faschistische Italien eine Wiederherstellung der 1870 aufgehobenen weltlichen Herrschaft, auch im kleinsten Umfang, nicht in Frage kommt und nie kommen wird — unserer Ansicht nach zum unermeßlichen Vorteil des moralischen Prestiges der römischen Kirche. Gegenüber den Kundgebungen dieser Tage müssen die der Macht und des Charakters des faschistischen Staates wirklich bewußten Faschisten zwei entgegengesetzte und von der Wirklichkeit gleich ferne Stellungnahmen vermeiden: diejenige, welche gleich einem Dogma die absolute Unmöglichkeit einer Lösung der römischen Frage behauptet, und jene, welche diese Frage als leicht und schnell lösbar betrachtet. Es gab nie in der Geschichte einen Knoten, der nicht mit Gewalt, Geduld oder Weisheit gelöst worden wäre; so verhält es sich auch mit der römischen Frage. Das faschistische Regime, welches das ganze 20. Jahrhundert vor sich hat, kann ohne Verzicht auf grundlegende Rechte des Staates dort Erfolg haben, wo wiederholte Versuche des Demo-Liberalismus mißlungen sind. Abschließend kann man sagen: Schwierig, aber nicht unmöglich.“

Viele hatten vom Diktator Mussolini das erlösende Wort in der römischen Frage erwartet. Er hat sie enttäuscht. Er will oder kann die Vergewaltigung des Papsttums nicht wieder gutmachen. Das sog. Garantiesetz, ein hinterlistiges Labyrinth von Widersprüchen, bleibt bestehen. Ganz zu Unrecht schlußfolgert der Bruder des Duce aus der kristallklaren Darlegung des „Osservatore Romano“, der Hl. Stuhl erhebe keinen Anspruch territorialer Art. Und doch wird darin ein Minimum souveränen Grundbesitzes gefordert, wieder einmal bestimmt ausgesprochen, daß ohne ein wenn auch noch so kleines päpstliches Territorium keine Lösung möglich ist. Trotz der ablehnenden Antwort sind die weltlichen Machthaber Italiens die unterlegene Partei. Nachdem sie mit ihren Karten bedeutungsvoll gewinkt, hat man sie zum Aufliegen derselben gebracht. Nun besteht wenigstens Klarheit über das Verhältnis des faschistischen Italien zum Oberhaupt der Weltkirche. Es bleibt im Grunde unverändert trotz der bekannten erfreulichen Kundgebungen und Maßnahmen.

2. *Aus dem Vatikan: Die Weihe des ersten japanischen Bischofs. Ein Konkordat zwischen dem Hl. Stuhl und der Re-*

publik Litauen. Von der Hl. römischen Rota. 400 nordamerikanische Legionäre beim Papst. Einweihung eines Denkmals der päpstlichen Schweizergarde. König Boris von Bulgarien bei Pius XI. Am 30. Oktober nahm der Hl. Vater, im Beisein von 14 Kardinälen, des diplomatischen Korps, zahlreicher Bischöfe, Prälaten und Ordensoberen die Weihe des *ersten japanischen Bischofs* vor. Der Geistliche Januarius Hayasaka, dem die Leitung der Diözese Nagasaki anvertraut worden, empfing am Grabe des hl. Petrus aus den Händen des Statthalters Christi die Fülle des Priestertums. Bei Schluß der eindrucksvollen Feier hielt der Papst eine lateinische Ansprache. Freudig betonte er die hohe Bedeutung dieses Aktes, einer Folge des Wachstums der katholischen Kirche in Japan. Bei einem kurzen Rückblick auf die Missionierung Japans wies er hin auf die wunderbare Tatsache, daß die Nachkommen der japanischen Opfer schrecklicher Verfolgung während Jahrhunderten ohne Priester das Glaubensgut im Verborgenen bewahrt haben. Geweiht am Feste Christi des Königs, möge der neue Oberhirt, so wünschte der Papst, seinem Volke diesen göttlichen Herrscher und Schöpfer aller Dinge bekanntmachen, selber erfüllt vom Geiste des hl. Franz von Assisi, dessen Siebenjahrhundertfeier am gleichen Tage ihren Abschluß fand. — Pius XI. empfing am 3. November die Prokuratoren der Missionshäuser sowie die Vorstandsmitglieder des päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung und des St.-Petrus-Werkes zur Heranbildung eingeborener Priester. Dieser Audienz wohnte Kardinal van Rossum mit mehreren Missionsbischöfen bei. Der Papst begrüßte die Vertreter der Missionsinstitute, welche, wie er sagte, „wirklich der wahre Schatz, die Goldgrube sind, aus welcher die Kongregation der Propaganda, und durch sie der Hl. Stuhl, und durch diesen der Papst die Materialien schöpft, Schätze, um sie der Welt zu verteilen, Apostel, Herolde des großen Königs“; einer solchen Anstalt verdanke er den Trost, daß er den ersten japanischen Bischof weihen konnte. — Pius XI. ließ eine Denkmünze prägen; die Vorderseite trägt sein Brustbild, die Rückseite zeigt den Ozean mit der japanischen Inselgruppe, darüber die aufsteigende Sonne, Mitra und Hirtenstab. — Die japanische Regierung ließ dem Papst offiziell ihren Dank für die Ernennung Msgr. Hayasakas aussprechen.

Msgr. Philipp Tchao, Titularbischof von Vaga, Apost. Vikar von Suanghwafu, einer der sechs chinesischen Bischöfe, die der Hl. Vater am 28. Oktober 1926 im Petersdom weihte, ist ein Opfer seiner Nächstenliebe geworden. Indem er für arme Flüchtlinge alles hingab, Kräfte und Habe, sank er ermattet hin und wurde, 47jährig, in wenigen Augenblicken vom Tode ereilt.

Der Abschluß eines *Konkordats* zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik *Litauen* hat den Papst nicht wenig erfreut. Am 27. September wurde das französisch redigierte wichtige Dokument im Vatikan von dem Kardinal-Staatssekretär Gasparri und dem Ministerpräsidenten Aug. Woldemaras unterzeichnet. Anwesend waren auch der litauische Gesandte G. Saulys, Msgr. Borgongini-Duca, Sekretär der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, und Msgr. Pizzardo, Substitut des Staatssekretariats. Dann empfing der Hl. Vater die beiden Litauer in langer, herzlicher Audienz. Er konnte ihnen aus eigener Anschauung von ihrem Vaterlande reden, hat doch er selber als Apost. Nuntius in Polen auch Litauen kennen gelernt und Gelegenheit gehabt, in Wilna Stellung zugunsten der litauischen Geistlichkeit zu nehmen mit der Begründung, „die Politik dürfe die Gewissen nicht terrorisieren“. — Im Dezember 1920 errichtete der Hl. Stuhl eine Apost. Delegatur für Litauen, an deren Stelle im Frühjahr 1922 eine unabhängige Kirchenprovinz trat. Weil der Papst es ablehnte, in dem politischen Konflikt zwischen Polen und Litauen für letzteres Partei zu ergreifen, brach die litauische Regierung anfangs 1925 einen Konflikt mit Rom vom Zaun. Bis es dem Msgr. Georg Matulewicz gelang, ein Konkordat vorzubereiten. Seit Oktober 1918 Bischof von Wilna, wurde er am 1. September 1925 zum Titularerzbischof von Adulis ernannt und im folgenden Dezember nach Litauen gesandt, wo er die päpstlichen Bullen betreffs neuer Diözesen zur Ausführung bringen und die Wiederaufnahme offizieller Beziehungen zwischen Litauen und dem Vatikan herbeiführen sollte. Seine Bemühungen waren mit Erfolg gekrönt. Leider erlebte er den Abschluß des Konkordats nicht, da im Jänner 1927 eine Blinddarmentzündung diesen hervorragenden Kirchenfürsten im besten Mannesalter dahinraffte. Am 10. Dezember wurde das Konkordat im Vatikan beiderseitig ratifiziert. „Osservatore Romano“ veröffentlichte am 14. den Text, bestehend aus 28 Artikeln. Möge Litauens historischer Name „*Lituania devota*“ sich nun immer mehr bewahrheiten!

Das juristische Jahr der *Hl. römischen Rota* wurde am 1. Oktober mit Heiliggeistmesse und Eidesleistung eröffnet. In der darauffolgenden Audienz, die der Hl. Vater den Uditori, Beamten und Advokaten dieses hohen kirchlichen Gerichtshofes gewährte, richtete der Dekan der Rota, Msgr. Massimi, eine Huldigungsansprache an ihn. Dabei erwähnte er die von gewisser Seite laut gewordenen Vorwürfe. Man hat es der Rota übelgenommen, daß sie Prozesse von Nichtkatholiken behandelt habe; auch wurde behauptet, sie bevorzuge bei ihren Entscheidungen die Reichen. Massimi betonte das auch im can. 1960 des kirchlichen Gesetzbuches ausgesprochene Recht der Kirche,

solche Prozesse zwischen Getauften zu entscheiden. Völlig grundlos ist die Beschuldigung, die Rota rühre an die Unauflöslichkeit der Ehe. Keine Ehe wurde für ungültig erklärt, die nicht von Anfang an null und nichtig gewesen. Die Erlangung einer Nichtigkeitserklärung ist keineswegs ein Privileg der Reichen. Unbemittelten wird kostenlose Rechtsprechung gewährt. Von den 55 Urteilen, die der genannte Gerichtshof im letzten Arbeitsjahr gefällt, betrafen 45 Ehesachen. Davon sind 28 günstig erledigt worden. Die Eheprozesse wurden ungefähr zur Hälfte taxenfrei geführt. Die Zahl jener, die ohne Zahlung günstig erledigt wurden, ist nicht geringer als die der andern. — In seiner Antwort mahnte der Papst die Anwesenden, ihre Tätigkeit ernster Rechtsprechung mit gleichem Eifer fortzusetzen und dabei die mit dem Blute Christi erkauften Seelen anzuhören unter Hochhaltung des göttlichen Gesetzes der Unlösbarkeit der Ehe wie mit Beachtung der ernstesten und unbestreitbaren Nichtigkeitsgründe. „Man hat richtig gesagt“, fuhr er fort, „daß wie das Gesetz makellos ist, wie die Kirche makellos ist, das Tribunal, welches das Gesetz der Kirche anwendet, makellos sein muß. Und so wird das Gericht immer sein, solange alle einzelnen Mitglieder, denen diese höchst erhabene Aufgabe anvertraut ist, in ihrem Leben und vornehmlich bei Ausübung ihrer Funktionen makellos bleiben.“

Verdächtigungen und Verdrehungen werden dem Papst und seinen Organen zur Verwaltung der Kirche nie erspart bleiben. Unter Führung eines Herrn Savage und des Militärkaplans Rev. Wolfe fanden sich am 28. September etwa vierhundert *Legionäre der „American Legion“* im Vatikan ein. Der Vizerektor des Nordamerikanischen Kollegs, Msgr. Breslin, stellte sie dem Hl. Vater vor. Dieser begrüßte seine aus weiter Ferne gekommenen Söhne, ihre Anwesenheit erinnere, sagte er, an „zwei wichtige Tatsachen der Weltgeschichte, nämlich an den Weltkrieg und das entscheidende Eingreifen des noch jungen Amerika in die Geschehnisse der alten Welt, nicht nur durch seine ungeheuren Hilfsquellen, sondern auch durch viel Blut und viele Leben“. Diesen naheliegenden Hinweis auf Allbekanntes wollten gewisse Leute als politische Stellungnahme des Papstes deuten. Das „*Journal des Débats*“ erblickte darin eine Billigung des Eintritts der Vereinigten Staaten in das Völkerringen und eine indirekte Verurteilung „jener, die durch ihren Angriff den Krieg entfesselt haben“, sogar eine feierliche Antwort auf die Hindenburgrede bei der Gedenkfeier der Schlacht von Tannenberg. Solche willkürliche und falsche Deutungen wies der „*Osservatore Romano*“ vom 2. Oktober kurz zurück.

Wenige Tage nachher wollte Pius XI. persönlich einer der ruhmreichsten Taten altschweizerischer Waffenehre und Eides-

treue die höchste Anerkennung zollen. In seiner Anwesenheit fand am 20. Oktober nachmittags im Kasernenhofe der *päpstlichen Schweizergarde* die feierliche Enthüllung eines *Denkmals* statt, errichtet zum Andenken an die vor 400 Jahren im grauenvollen Sacco di Roma gefallenen Gardisten. Ein Schweizer Bildhauer, Ed. Zimmermann aus Nidwalden, hat das künstlerisch wertvolle Monument geschaffen. — 189 Mann stark, stand die Garde unter dem Hauptmann Kaspar Röst, einem Sohn des Zürcher Bürgermeisters — Zürcher waren auch die meisten Offiziere und eine Reihe von Gardisten, im ganzen 43 Mann —, als zu Anfang 1527 der Ewigen Stadt und dem Papst Klemens VII. Gefahr drohte. Da erhielten im Februar die Zürcher vom Bürgermeister und Rat ihrer Stadt den strengen Befehl, innerhalb vier Monaten heimzukehren. Sie erwiderten, es stehe ihnen nicht an, den Hl. Vater in seiner Bedrängnis zu verlassen; falls aber Stadt und Landschaft Zürich mit Krieg überzogen würden, kämen sie ohne Verzug. — Bei der Einweihung, der auch Msgr. Besson, Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg beiwohnte, rief Herr Nationalrat Hans von Matt, Delegierter des Schweizer Bundesrates, in seiner Rede bezüglich dieser Antwort aus: „Wo finden wir ein ergreifenderes Beispiel der Treue zum Fahneneide, als in diesem so edelmütig gelösten Konflikt zwischen beschworener Pflicht am Dienstherrn und dem Gehorsam gegen die heimatliche Obrigkeit? Auf dem Goldgrund solcher Gesinnung hebt sich der Heldenmut der Schweizergarde in leuchtenden Farben ab . . .“ Bald nachher sollte die Garde ihre Treue mit dem Opfertod besiegeln. Als die kaiserlichen Truppen Karls von Bourbon, unter ihnen viele Neugläubige, am 6. Mai 1527 Rom erstürmten, verteidigten die Schweizer, Wunder der Tapferkeit vollbringend, jeden Fußbreit Boden. Dank ihrem Widerstand konnte sich Klemens VII. aus dem Vatikan in die Engelsburg retten. Nur die 42 Gardisten, die an jenem Morgen die Leibwache des Papstes bildeten, blieben am Leben. Alle andern, auch der Hauptmann Röst, verbluteten in gewissenhafter Erfüllung ihrer Pflicht, im Bewußtsein, daß sie nicht Söldnerdienst verrichteten, sondern ein hohes ritterliches Vorrecht der Schweizergarde ausübten.

Bei der Einweihung des Denkmals pries Pius XI. jene Tapferen, die „als Märtyrer für Papst und Kirche ihr Leben hinopfereten“ und betonte, daß „die heldenmäßige Haltung der Schweizergarde für sie zu einer Quelle unsterblichen Ruhmes geworden“. Nach vier Jahrhunderten ist die Erinnerung daran noch lebendig. Weiter sagte der Papst: „Diese Ehre haben die Helden vollauf verdient: durch ihre Tapferkeit, durch ihre aufopfernde Treue, durch ihre felsenfeste Treue, mit einem Wort: durch ihre schweizerische Treue zu ihrer heiligen Pflicht, zum

Hl. Stuhl, zur Person des Hl. Vaters und zur Kirche. Wir, die wir hier sind, können nur geloben, auf diesem Wege ihnen zu folgen, sie nachzuahmen im Willen zur höchsten und heiligsten Pflichterfüllung. Diesen Sinn hat dieses Denkmal und er muß der Inhalt eines jeden wahrhaft lobwürdigen Lebens sein“. — In der Tat verdient die wirklich klassische Größe in der Treue und im todesfrohen Heldenmut der päpstlichen Schweizergarde von 1527 besondere Ehrung gerade heute, wo im öffentlichen und privaten Leben so manches Wort leichtsinnig gebrochen wird, so viele heilige Versprechen nicht gehalten werden. — Am selben Tage hatte der Kaplan der Schweizergarde, Msgr. Krieg, im Gotteshause des deutschen Campo Santo ein feierliches Seelenamt und Bischof Besson dabei die Gedenkrede gehalten.

Kürzlich empfing der Papst den inkognito reisenden *König Boris von Bulgarien* inoffiziell. Die halbstündige Unterredung war von großer Herzlichkeit getragen. Bekanntlich lieferte Prinz Ferdinand von Sachsen-Coburg und Gotha, Fürst (1908 bis zum Kriegsende König oder Zar) von Bulgarien seinen 1894 geborenen ältesten Sohn Boris im Alter von zwei Jahren, trotz katholischer Taufe, dem bulgarischen Schisma zu. Das brach der Mutter des Kronprinzen, Prinzessin Marie Louise von Bourbon von Parma das Herz. Boris, der 1918 seinem Vater auf den bulgarischen Thron gefolgt ist, hat sich neben innigster Verehrung für die verstorbene Mutter wärmste Zuneigung zur katholischen Kirche bewahrt. Er soll im Herzen Katholik geblieben sein. Manche glauben, König Boris sei nur dem Scheine nach Orthodoxer, in Wirklichkeit jedoch Mitglied der bulgarischen unierten Kirche. Vor beinahe zwei Jahren galt seine Verlobung mit der italienischen Prinzessin Giovanna als gesichert. König Viktor Emanuel III. erklärte dem Prinzen, daß er an der Forderung festhalte, welche die Kirche bei Mischehen stellt. Damit war der Bewerber einverstanden. Seitens des bulgarischen schismatischen Hl. Synods wurden Schwierigkeiten erhoben unter Betonung der Unmöglichkeit, daß ein künftiger Thronerbe einer andern als der Religion des bulgarischen Volkes angehöre. Aus guter Quelle verlautet, der Monarch habe geantwortet, er gedenke von dem jedem Untertan zustehenden Rechte, seine Kinder nach Belieben erziehen zu lassen, Gebrauch zu machen, sogar wenn er an der Abdankung nicht vorbeikäme. Das starrköpfige Verhalten des über „Unterjochung Bulgariens durch Rom“ jammernden Hl. Synods wird von der Mehrheit der Bevölkerung abfällig beurteilt. Von dem Besuche des Königs Boris bei Pius XI. erhoffen die Katholiken eine Beschleunigung der Wiederannäherung zwischen Bulgarien und dem Hl. Stuhl, die baldige Aufnahme regelmäßiger diplomatischer Beziehungen.

3. *Der Hl. Stuhl, die französischen Laiengesetze und die „Action Française“.* Des Kardinals Billot Verzicht auf den Purpur. In seiner Auseinandersetzung mit dem „Osservatore Romano“ bemerkt Arnaldo Mussolini im „Popolo d' Italia“ (23. Sept.) ironisch, innerhalb zwanzig Jahren sei die Kirche vom Martyrium der Combesschen Politik zur Verherrlichung der Politik von Briand übergegangen. Auf dem religiösen Gebiet dürfe man, ohne inquirieren zu wollen, fragen, ob Maglione in Paris den Statthalter Christi, der Liebe, des Glaubens vertrete oder einen Souverän dieser Welt, der Diplomatie treibe zur Unterstützung einer Partei in einem historischen Streit um Recht, Privileg und Leben. — Eine taktlose Anspielung auf das entschiedene, zielbewußte Vorgehen des Hl. Stuhles gegen die Action Française, das bekanntlich von gewisser Seite politischen Beweggründen zugeschrieben wurde.

Wiewohl diese Glosse keine Antwort verdiente, wollte doch das vatikanische Blatt die Gelegenheit benützen, um wieder einmal den päpstlichen Standpunkt zu präzisieren. In dem Leitartikel „La questione romana“ (15. Oktober) liest man: „Alle Päpste von der Zeit Leos XIII. an bis heute haben die Laiengesetze (in Frankreich) verurteilt; aber kein Papst hat sie so ausdrücklich und mit solchem Nachdruck verurteilt wie gerade S. H. Pius XI. vor drei Jahren und bei jeder Gelegenheit, und diese Verurteilung bleibt immer bestehen und ist unwiderruflich. Wenn der Hl. Stuhl in diplomatische Beziehungen mit der französischen Regierung getreten ist, so geschah dies nicht, weil er diese Gesetze irgendwie guthieß, sondern weil er auf diese Weise mit einiger Hoffnung auf Erfolg versuchen konnte, etwas aus so großem Ruin zu retten und außerdem nach dem Weltkrieg zum Weltfrieden beizutragen, der zu den höchsten Interessen auch der Religion gehört . . . Der Hl. Stuhl hat die ‚Action Française‘ verurteilt, aber nicht um der Politik Briands (wie Herr Arnaldo Mussolini durchblicken läßt) einen Gefallen zu erweisen, und auch nicht weil sie monarchisch ist; wohl aber einzig und allein aus höchst religiösen Gründen, wie es der Hl. Stuhl öfters mit viel Klarheit dargelegt hat in den Akten seiner Kongregationen und S. Heiligkeit selbst in den sehr wichtigen Dokumenten . . .“

Es scheint, daß manche französische Katholiken sich immer noch nicht entschließen können, die notwendigen Konsequenzen aus den kirchlichen Maßnahmen gegen die „Action Française“ zu ziehen. Sie müßten doch einsehen, daß Charles Maurras und Léon Daudet möglichst ungeeignet sind als Lehrmeister der katholischen Jugend. Es mag freilich schwer sein, sich von faszinierenden Führern zu trennen, die sich während Jahr-

zehnten, ungestört von der kirchlichen Autorität, betätigen durften. Viel bemerkt wurde das Hirtenschreiben, das der Erzbischof von Lyon, Kardinal *Maurin*, Ende November nach seiner Rückkehr aus Rom an seine Diözesanen richtete. Es heißt darin: „Die Schule der ‚Action Française‘, in der die Katholiken die Mehrheit bilden und der zahlreiche junge Leute angehören, hat als Lehrmeister und Direktoren zwei arg kompromittierte Schriftsteller, der eine hinsichtlich des Glaubens, der andere hinsichtlich der Sittenlehre. Darin liegt nach dem Urteil Sr. Heiligkeit eine Anomalie, die aufhören, eine Gefahr, die beseitigt werden muß. Die Verurteilung wird so lange nicht rückgängig gemacht werden können, als die Zeitung und die Liga dem direkten Einfluß dieser Leiter unterstehen. Dagegen würde mit einem Direktionswechsel alles ausgeglichen werden können. Selbstverständlich müßten die Anwürfe gegen den Hl. Stuhl unterbleiben; man müßte sich davor hüten, die Kirche zu kompromittieren, indem man sie einer Partei zu verschreiben und für sich selber gewissermaßen das Monopol der Verteidigung der Religion zu beanspruchen sucht . . .“ Demnach wäre eine baldige Erledigung der peinlichen Angelegenheit möglich, wenn die beiden Hauptführer sich zurückziehen könnten und wollten. Das scheint indes ausgeschlossen. Besonders L. Daudet gebärdet sich immer rabiater gegenüber dem Hl. Stuhl.

Die Fälle von Demission eines Kardinals sind äußerst selten. Aus dem vorigen Jahrhundert ist ein solcher bekannt. 1838 gab Papst Gregor XVI. dem Drängen des damals 52jährigen Kardinals Carlo Odescalchi aus fürstlicher Familie nach, der den Purpur mit der Novizenkutte der Gesellschaft Jesu vertauschte. Der Name dieses heiligmäßigen Kirchenfürsten, der Bischof von Sabina, Vizekanzler und Kardinalvikar von Rom war, steht in goldenen Lettern in der Geschichte der deutschen Nationalstiftung von Campo Santo in Rom, die er unter schwierigen Verhältnissen in jeder Weise begünstigt hat..

Größtes Aufsehen erregte vor einigen Monaten der Verzicht des Kardinals *Louis Billot*. Diesem am 12. Jänner 1846 in Sierck (Lothringen) geborenen, um die theologische Wissenschaft höchst verdienten französischen Jesuiten war am 27. November 1911 der Purpur zuteil geworden. Eine Zierde des Hl. Kollegiums, hat er auch weiterhin viel wertvolle Arbeit geleistet. Sein Ausscheiden wurde daher in weiten kirchlichen Kreisen tief bedauert. Er soll, so war in der Presse zu lesen, seit Jahren den Wunsch geäußert haben, als einfacher Ordensmann sein Leben zu beschließen. Dagegen sind viele, und zwar nicht nur solche, die der Kirche fernstehen, überzeugt, daß Billots Rücktritt eine Folge seiner Haltung gegenüber der A. F. ist; er habe, heißt es, kein Hehl daraus gemacht, daß das scharfe

Vorgehen gegen die in höheren Schichten der französischen Bevölkerung fest verankerte Organisation ihm inopportun erscheine, weil sie als politischer Akt gedeutet würde, und daraufhin sei ihm nahegelegt worden, zu demissionieren. Daß Billot die heidnische Weltanschauung Ch. Maurras' ebenso beurteilt wie der Papst, daran zweifelt niemand. P. Le Floch aus der Kongregation vom Heiligen Geist mußte sein Amt als Rektor des römischen Séminaire français aufgeben, weil er infolge seiner Ansichten über die A. F. das Vertrauen des Hl. Vaters nicht mehr besaß. Er behauptet in einem angeblich ohne sein Wissen veröffentlichten Brief, aus denselben Gründen wie Kardinal Billot demissioniert zu haben. Die „Croix“ vom 4. November enthält folgendes Schreiben des Jesuitengenerals P. W. Ledochowski: „Kürzlich veröffentlichten einige Zeitungen, der hochw. P. Billot habe die Bewegung der ‚Action Française‘ unterstützt und tue es noch. Diese Behauptung ist nicht richtig und ich erachte es als meine Pflicht, Sie um Veröffentlichung eines Protestes zu bitten, den ich der Wahrheit und dem Ansehen des verehrten Ordensmannes schulde. Seit P. Billot vom Hl. Vater die Ermächtigung erlangt hat, die Kardinalswürde abzulegen, hat er sich in vollständiger Einsamkeit, wie er sie gewünscht und verlangt hatte, abgeschlossen. Ganz sich dem Gebet und seinen theologischen Studien widmend, befaßt er sich nicht mit Politik. Er tut nichts, was dazu berechtigt, ihn als Stütze der Bewegung der ‚Action Française‘ hinzustellen, deren Blatt er nicht einmal liest.“ — In der Stille des Jesuitenklusters von Galloro (Albanergebirge) wird der große Gelehrte und treue Sohn des hl. Ignatius nunmehr seine letzten Tage verbringen.

Die päpstliche Allokution des Geh. Konsistoriums vom 19. Dezember erwähnte das Ausscheiden Billots aus dem Hl. Kollegium. Pius XI. betonte, derselbe habe für seine Bitte, den Purpur abzulegen und wieder einfacher Jesuit zu werden, dermaßen edelsinnige und geistige Beweggründe, und zwar unter solch schwerwiegenden Umständen vorgebracht, daß der Papst, nachdem er alles unter Gebet reiflich erwogen, nicht umhin konnte, die Demission anzunehmen. Hierin habe er in vollem Einverständnis mit dem Kardinal-Staatssekretär und dem Generaloberen der Gesellschaft Jesu gehandelt, so daß diese Angelegenheit am 21. September endgültig erledigt werden konnte. — Am 24. Dezember, beim Empfang der Kardinäle zur Weihnachtsgratulation, berührte der Hl. Vater u. a. die religiöse Lage in Frankreich und beklagte die Haltung jener, die nicht müde werden, ihm politische Absichten zu unterschieben. Mit Nachdruck erklärte er, nie hätten politische Motive sein Denken, sein Handeln beeinflußt.

4. *Vom Katholizismus in Polen.* Aus Polen kommen immer wieder erfreuliche Meldungen, bezeichnend für den Aufschwung des religiösen Lebens. Wenn trotz aller Schicksalsschläge das polnische Volk seinen Glauben bewahrt hat und dem Hl. Stuhl treu geblieben ist, so hat man daraus nicht mit Unrecht geschlossen, daß die Polen gleichsam von Natur aus katholisch sind. Die jetzige Republik besteht aus drei Teilen, die lange einer Fremdherrschaft unterworfen, eine verschiedenartige Entwicklung genommen haben. In Galizien stand die Wirksamkeit des katholischen Klerus unter dem Einfluß österreichischer Faktoren. Die zu Rußland gehörigen polnischen Landschaften wurden in religiöser Hinsicht schlimm behandelt. Die preußische Regierung germanisierte und protestantiserte. Aber in Polen blieb der katholische Geist lebendig, der das alte Reich zu einem Bollwerk gegen die Türken wie gegen Reformation und Schisma, zu einer Schutzwehr des Abendlandes gemacht hatte. Wirksam und von glühendem Eifer erfüllt, kann die Seelsorgearbeit des polnischen Klerus heute beinahe als vorbildlich gelten. Auf die Universitätsjugend gewinnen die religiösen Ideale immer größere Macht.

Der vom 28. September bis 2. Oktober in Posen unter dem Protektorat des Kardinals Hlond, Erzbischof von Gnesen-Posen und Primas von Polen, abgehaltene *Internationale akademische Missionskongreß* war wohl die glanzvollste Tagung dieser Art in unserer Zeit. Fast durchwegs auf dem Boden der akademischen Missionsbewegung gewachsen, haben diese Kongresse in den betreffenden Ländern das gesamte Missionswesen mächtig gefördert, so 1924 der österreichische in St. Gabriel bei Wien, 1925 der ungarische zu Budapest, 1926 der böhmisch-schlesische zu Leitmeritz. Das gilt in besonderem Maße von dem diesjährigen polnischen in Posen. Wie P. Anton Freitag S. V. D., der selber auf diesem Missionskongreß in vielbeachteter Weise zu Wort kam, in der „Allgemeinen Rundschau“ (Nr. 43) bemerkt, mußte Polen sozusagen ein heimatliches Missionswesen erst aus dem Boden stampfen. Dank allseitigen gewaltigen Anstrengungen konnte der Kongreß auf einem bodenständigen polnischen Missionswesen aufgebaut werden. Nachdem die Studenten fast aller Hochschulen Missionsstudienzirkel gebildet hatten, wurde ein gemeinsamer akademischer Missionsverband geschaffen. 4500 Geistliche sämtlicher Diözesen ließen sich in die „Unio Cleri pro missionibus“ aufnehmen. Die Marianischen Kongregationen boten der Jugend, besonders der werktätigen, ihre Missionsrichtlinien. Andere Organisationen wandten sich in dieser Beziehung der Lehrer- und der Frauenwelt zu. Gesteigerte Propaganda brachte den allgemeinen Missionsvereinen der Glaubensverbreitung und der Hl. Kindheit starken Zuwachs;

desgleichen blühte die Petrus-Claver-Sodalität empor. Neunzehn polnische Zeitschriften stehen ganz oder teilweise im Dienste der Missionen. Der Priestermissionsberuf ist das Ziel von tausend Jünglingen in 16 Studienanstalten, und in den Niederlassungen der Salesianer sind es ihrer mindestens ebenso viele.

Der akademische Missionskongreß Polens, dessen Vorbereitung allein schon eine Quelle reichen Segens war, gestaltete sich zu einem ungemein erhebenden Schauspiel. Mit dem Kardinal Hlond nahmen 15 polnische Bischöfe sowie einige Oberhirten aus Rumänien, Finnland, Malta, Frankreich, Samoa u. s. w. daran teil. Universitätsprofessor Dr Dembinski führte den Vorsitz. Es kann hier nicht auf die lange Reihe bedeutender Vorträge und Reden, gehalten in polnischer, französischer und deutscher Sprache, näher eingegangen werden. Erwähnt sei nur, daß Titularbischof Baudrillart, Rektor des Pariser Institut Catholique, die große Rede des Begrüßungsabends hielt und darin ein treffliches Bild vom historischen Werdegang der katholischen Weltmission entwarf. Dabei rückte er mit voller Objektivität auch den deutschen Anteil in helles Licht. Überhaupt beherrschte wirklich katholische Einmütigkeit, echt apostolischer Geist die Verhandlungen, zu denen Polen, Deutsche, Franzosen und Vertreter fast aller Länder Europas sich eingefunden hatten. Alle fühlten sich nur als Katholiken und Missionsfreunde. Das ist der Sieg, der die Welt überwindet: unser Glaube!

Am 1. September abends fand zu Posen die feierliche Überführung der Überreste des *Kardinals Ledochowski* (1822—1902) in die Kathedrale statt. Aufrecht, unbeugsam gegenüber den preußischen Kulturkampfgesetzen, war er als Erzbischof von Gnesen-Posen 1874 eingekerkert und für abgesetzt erklärt worden. Pius IX. verlieh ihm den Kardinalspurpur. Nach zwei Jahren in Freiheit gesetzt, nahm Ledochowski bleibenden Aufenthalt in Rom. Er starb dort als Präfekt der Propaganda. 25 Jahre nach seinem Tode ist nun sein letzter Wunsch, im Posener Dom zu ruhen, verwirklicht worden. In dem schier endlosen Geleitzug, der sich durch die hell erleuchteten, fahnen- und geschmückten Straßen bewegte, schritten die bischöflichen Kongreßteilnehmer mit Mitra und Stab. Am Portal der Kathedrale erwartete Kardinal Hlond die irdische Hülle seines großen Vorgängers. Das gläubige Volk betete die ganze Nacht am Sarge des hochverehrten Oberhirten, an dem verblendete Vertreter der Staatsomnipotenz sich vergriffen haben. Am folgenden Morgen zelebrierte der Kardinal einen pontifikalen Trauergottesdienst; Msgr. Lisiecki, Bischof von Kattowitz, hielt eine Gedächtnisrede auf den charakterfesten Kirchenfürsten und sprach die Hoffnung aus, daß das polnische Volk stets bereit

sein werde, für die höchsten religiösen Güter alles hinzugeben.

In der Person des noch jungen Salesianers, Kardinal *Hlond*, besitzt Polen einen Primas mit scharfem Weitblick und ungewöhnlicher Tatkraft. Einem Mitarbeiter des englischen katholischen Wochenblattes „The Universe“ sagte er im September: „Seid um den Frieden besorgt! Das ist die Botschaft, die ich den englischen Katholiken übermitteln möchte. Vermeidet allen übertriebenen Nationalismus. Gedenket, daß der Nationalismus durch das Recht begrenzt werden muß und daß, wie es einen erlaubten Nationalismus gibt, ein im Königtum Christi begründeter Internationalismus wünschenswert ist. Seid um den Frieden besorgt! Stiftet Frieden, stiftet Frieden, und nochmals: Stiftet Frieden! Das ist die Lehre, deren Durchführung auch wir selbst uns in Polen als Aufgabe gestellt haben.“ — Friedensstiftende Bemühungen sind gewiß dort nicht überflüssig, seitdem reguläre polnische Truppen im Oktober 1920 Wilna besetzt haben. Ist auch jetzt endlich der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen aufgehoben, so harrt doch noch die Frage von Wilna einer friedlichen Lösung.

Die Organisierung der Katholischen Aktion in Polen, zu welcher der Erzbischof von Warschau, Kardinal Kakowski, die Initiative ergriff und deren Richtlinien 1926 vom ersten allgemeinen Katholikentag in Warschau festgelegt wurden, wird im Sinne der italienischen „Azione Cattolica“ zielbewußt durchgeführt. — Mitte November ließ Kardinal Hlond in Posen Seelsorgekurse abhalten, die von 400 Priestern besucht waren. In den einzelnen Diözesen werden längere Instruktionskurse für die Leiter der katholischen Jugendvereine veranstaltet. Erfreuliche wissenschaftliche Bestrebungen auf religiösem Gebiet sind zu verzeichnen. Polen hat gegenwärtig drei theologische Enzyklopädien. Prof. Michalski in Warschau widmet sich mit tüchtigen Mitarbeitern einer neuen Bibelübersetzung. Auch wird unter Leitung des Bischofs von Kattowitz eine polnische Bibliothek der Kirchenväter besorgt. Es gibt zwei große theologische Revuen. Leopold und Krakau besitzen theologische Fakultäten mit Konvikten. In Warschau, Lublin und Wilna wurden ebenfalls theologische Fakultäten eröffnet. Das Klosterleben blüht. Die Wallfahrten von Czenstochau und Wilna nehmen ständig an Ausdehnung zu. In Czenstochau, durch das Konkordat mit Polen Sitz eines Bischofs, nahm Msgr. Kubina, der Oberhirt dieses neuen Bistums, vor einigen Wochen die Konsekration seiner neuen Kathedrale vor; sie faßt 13.000 Personen. Unter den Polen der Vereinigten Staaten wurde für diesen Bau eine Viertelmillion Zloty gesammelt.

Aus dem Heiligen Lande.

Jahresrundschau 1927.

Von P. Fr. Dunkel C. M.

Das Jahr 1927 wird wohl bei den Meisten im Heiligen Lande als ein Jahr des Unglücks für Palästina in Erinnerung bleiben. Am 11. Juli, 3 Uhr 5 Minuten nachmittags, wurde Jerusalem und ganz Palästina von einem starken Erdbeben heimgesucht. Es dauerte etwa 7 Sekunden; doch diese wenigen Sekunden genügten, das ganze Land in großen Schrecken zu setzen, den Tod vieler hunderte Menschen zu verursachen und großen Sachschaden anzurichten. Nach den offiziellen Berichten der Regierung betrug die Zahl der Toten 269, die der Verwundeten 806. Am schlimmsten machte sich der Stoß in Nablus fühlbar, wo 450 Familien obdachlos wurden. Desgleichen in Reineh bei Nazareth, wo von 200 Häusern 170 zerstört wurden, sowie in Lydda, wo 72 Prozent der Häuser unbewohnbar sind. Die Not im Lande war groß und sofortige Hilfe war notwendig. Das unter Colonel Symes sogleich in Angriff genommene Komitee zur Hilfe für die Erdbebenbeschädigten brachte in kurzer Zeit über 20.000 Pfund auf. Hauptsorge der Regierung war, noch vor Beginn des Winters in den am stärksten heimgesuchten Ortschaften Holzbaracken zur Unterkunft der Obdachlosen zu errichten.

Auch das Lateinische Patriarchat wurde in vielen seiner Missionsstationen schwer heimgesucht. Der Gesamtschaden wird auf etwa 20.000 Pfund geschätzt.

Die Zahl der *Pilger* nach dem Heiligen Lande nimmt mit jedem Jahre zu. Aus allen Weltteilen, Völkern und Nationen kamen auch in diesem Jahre zahlreiche Pilgerscharen, besonders um die Osterzeit, zum Heiligen Grabe, oft mit ihren Bischöfen an der Spitze. Aus Deutschland und Österreich allein kamen wohl sechs bis sieben verschiedene Gruppen. Der Gedanke einer Volkswallfahrt, der von Bayern aus angeregt wurde, mußte aber aufgegeben werden. Die Zeit dafür scheint noch nicht gekommen und es kann wohl auch in den nächstkommenden Jahren kaum an eine Erneuerung der Volkswallfahrten ins Heilige Land im Stile der Vorkriegszeit gedacht werden. Dafür ist die Geldknappheit überall, und besonders in jenen Kreisen, die bei einer Volkswallfahrt vor allem in Betracht kommen, noch zu groß, so daß die Meldung von mehreren Hundert Pilgern vorläufig noch ausgeschlossen erscheint.

Nicht weniger stark war der Andrang der *Touristen* in der ersten Hälfte des Jahres. Wie gewöhnlich eröffnete Amerika die Reisesaison. Diesmal kamen als erste schon im Jänner die

400 Studenten und Professoren der sogenannten „amerikanischen schwimmenden Universität“. Ihnen folgten noch öfters größere Gruppen von Touristen, die meist aber nur zwei Tage blieben. Selbst unter den Protestanten aller Länder ist das Wallfahren nach dem Heiligen Lande in Übung gekommen, besonders unter den Anglikanern. Alljährlich kommen sie jetzt nun schon mehrere Jahre hindurch meist in kleineren oder größeren Gruppen, aber stets in Begleitung einiger Bischöfe. Sie bewerben sich bei diesen Gelegenheiten auffallend um die Gunst der orthodoxen Griechen und deren Patriarchen in Alexandrien und Jerusalem. Selbst der ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Basilios II., sandte dieses Jahr den anglikanischen Jerusalempilgern seinen Segen.

Die orthodoxen Griechen, die ihren mächtigen Schützer und Helfer, Rußland, verloren haben, sehen diese Bewerbungen nicht ungern und tun den Anglikanern auch in manchen Dingen den Gefallen, sie als „gleichberechtigte Brüder“ anzuerkennen. So legte am 22. August der orthodoxe Bischof Kleophas von Nazareth in Beisan, im oberen Jordantale südlich vom See Genesareth, feierlich den Grundstein zu einer neuen orthodoxen Kirche. Die Kirche wird auf Kosten der Kirche von England und der amerikanischen Episkopalkirche erbaut. Ein Vertreter des englischen Bischofs in Jerusalem, Mac Innes, wohnte dieser Feier bei. Hierbei wurde besonders betont, daß die neue Kirche den Griechen und Anglikanern gemeinsam gehören werde. Wir hätten dann also die erste „anglikanisch-orthodoxe“ oder „orthodox-anglikanische“ Kirche in Palästina als Wahrzeichen der Verbrüderung beider Kirchen! Am meisten aber freuen sich die Anglikaner über die Anerkennung ihrer Weißen durch den orthodoxen Patriarchen Damianos von Jerusalem. Bekanntlich erließ dieser Patriarch im Jahre 1923 ein Schreiben an den Erzbischof von Canterbury, worin er die Gültigkeit der anglikanischen Weißen anerkannte. Er bedachte dabei freilich nicht, daß er 16 Jahre zuvor auf dieselbe Frage feierlich eine gegenteilige Antwort gegeben hatte. Als nämlich um diese Zeit die Anglikaner in ihrer Hoffnung auf Anerkennung ihrer Weißen von Rom sich getäuscht sahen, wandten sie sich 1907 durch den damaligen englischen Bischof Dr Blyth in Jerusalem an die orthodoxe Kirche von Jerusalem mit derselben Bitte um Anerkennung. Der Patriarch Damianos versammelte seine Synod und legte den Erzbischöfen und Bischöfen diese heikle Frage vor. Man erwog und studierte sie reiflich und nahm sich hinreichend Zeit dazu. Man holte sogar zur besseren Klärung der Frage die Meinung verschiedener großer Gottesgelehrter ein und kam zuletzt zu folgendem Urteil: „Es hat sich klar erwiesen aus kanonischen und anderen Gründen, daß es unmöglich ist,

die anglikanischen Weihen und die anglikanische Taufe als vollständig anzuerkennen, da diese beiden Sakramente in der anglikanischen Kirche nach einer, nur dieser Kirche eigenen, Methode gespendet werden.“ Ferner erklärte die Synode, daß der Patriarch von Jerusalem allein mit seiner Synode keine kompetenten Richter in dieser Frage sein könnten, darüber zu entscheiden stehe nur der orthodoxen Gesamtkirche zu. Dies Urteil wird wohl auch noch heute zu gelten haben, und da es in direktem Widerspruch mit der neuesten Erklärung des Patriarchen steht, so ist diese Erklärung von 1923 dadurch von selbst gerichtet und wird auch in orthodoxen gläubigen Kreisen als wertlos und nichtig angesehen. Die Erklärung, die 1923 dem Erzbischof von Canterbury zunächst telegraphisch mitgeteilt wurde, hat folgenden Wortlaut: „Wir haben die Freude, Euer Gnaden mitteilen zu können, daß die Heilige Synod unseres Patriarchates in mehreren Sitzungen die Frage der anglikanischen Weihen untersucht und beschlossen hat, von orthodoxem Standpunkt aus deren Gültigkeit anzuerkennen. Patriarch Damianos.“ In einem kurz darauf folgenden Schreiben, das der Patriarch am nächsten Tage (27. März 1923) nachsandte, sagt er, daß die anglikanischen Weihen von der orthodoxen Kirche für ebenso gültig angesehen werden „wie die Weihen der römischen Kirche“. Wenn man erwägt, daß die orthodoxen Griechen die Taufe der Lateiner nicht als gültig ansehen (Lateiner und Protestanten werden beim Übertritt zur orthodoxen Kirche noch einmal getauft und gefirmt: Siehe S. 48 der Quartalschrift v. J. 1927), so kann man verstehen, daß die Freude der Anglikaner keine ungetrübte und reine sein kann.

Die gewaltige Masseneinwanderung der *Juden* im Jahre 1925 (etwa 35.000 bis 40.000) rief eine starke Krisis und Arbeitslosigkeit im Heiligen Lande hervor, so daß man zunächst die Einwanderungserlaubnis beschränkte. So wanderten im Jahre 1926 nur rund 13.000 Juden ein. Da aber zur selben Zeit 7300 auswanderten, ergab sich für 1926 eine Gesamteinwanderung von nur 5700. Da ferner die Arbeitslosigkeit und mit ihr die Not immer größer wurde, gestaltete sich das Jahr 1927 zu einem „Jahre des Auszuges aus Palästina“. Die Zahl der Auswanderer ist bedeutend größer als die der Einwanderer in diesem Jahr. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß die Zahl der Ausgewanderten die der Eingewanderten um wenigstens 5000 übersteigt. Es sind meistens arme, in ihren Erwartungen getäuschte Juden, die dem Heiligen Lande verzweifelt wieder den Rücken kehren; aber auch größere Unternehmer schlossen ihre Fabriken. Augenblicklich spricht man sogar von der Schließung der Kunstschule „Bezalel“. Trotz aller Anstrengungen von zionistischer Seite gibt es eben noch viele

Tausende Arbeitsloser, die viel Geld kosten. So zahlt die zionistische Exekutive wöchentlich an die Arbeitslosen in Tel-Aviv 1000 Pfund. Wahrlich eine starke Belastung! Als man in den letzten Wochen den Versuch machte, diese Summe auf 700 Pfund herabzusetzen, erhob die Arbeiterorganisation energisch Einspruch und wies darauf hin, daß diese Kürzung undurchführbar sei. Am 16. Oktober kam es deshalb zu einer öffentlichen Kundgebung der Arbeitslosen. Es kam zu Verhandlungen, worin die Arbeiterführer betonten: „Wir verlangen keine Liebeserklärungen, wie sie in letzter Zeit üblich geworden, sondern Taten. Die Arbeiter wollen keine Unterstützung, sondern Arbeit. Solange aber keine Arbeit vorhanden sei, bleibe man auf Unterstützungen angewiesen, die dann aber auch in ausreichendem Maße erfolgen müssen.“ — Darauf gab Dr Weizmann die Zusicherung, daß die 1000 Pfund wöchentlich ausbezahlt werden würden. Wie lange jedoch die zionistische Exekutive diese beträchtliche Belastung aushalten kann, bleibt abzuwarten. Eine Besserung in den ersten Monaten scheint ausgeschlossen. Die in Jerusalem, Haifa und Afule übernommenen Arbeiten sind fast vollendet und dann wird auch hier das Gespenst der Arbeitslosigkeit wieder auftauchen. Man kann daher verstehen, wenn alle sehnsüchtig auf den Beginn des geplanten Hafenbaues in Haifa warten, an dem man wenigstens einige Tausend Arbeiter für eine Zeit von zwei Jahren zu beschäftigen hofft. Soll doch der Hafen sich von Haifa bis gegen Akko zu erstrecken und etwa 10 Millionen Pfund kosten. Fast täglich werden die Arbeiter mit der Aussicht auf baldigen Beginn getröstet, etwas Bestimmtes darüber weiß aber niemand. Nicht weniger große Hoffnung setzt man auf die Ausführung des Ruthenbergschen Planes. Die Ruthenberg-Gesellschaft wurde nämlich in diesem Jahre ermächtigt, zur Durchführung der Elektrifizierung Palästinas Stauanlagen überall, wo es ihr nützlich erscheint, anzulegen. Insbesondere steht ihr die Ausnützung des Jordans, des Yarmuk und all ihrer Nebenflüsse in Palästina, wie in Transjordanien zu. Die Arbeit zu diesem gewaltigen Unternehmen muß innerhalb eines Jahres begonnen werden und soll in fünf Jahren zu Ende geführt werden. Diese Arbeiten werden zweifellos einer großen Anzahl Arbeitern Beschäftigung geben. Deshalb lassen sich auch die Zionisten, trotz der augenblicklichen trübseligen Lage des national-jüdischen Siedlungswerkes in Palästina nicht entmutigen, und sie erblicken schon in der Aussicht auf den baldigen Beginn dieser beiden großen Unternehmungen eine leichte Wendung zum Bessern.

Das verflossene Jahr brachte dem Heiligen Lande auch *allerlei Neues*. So zunächst neben den *neuen Postmarken* auch *neues Palästina-Geld*. Am 1. November wurde das bisher übliche

ägyptische Geld eingezogen und an seine Stelle trat das Palästina-Pfund, das im Werte gleich einem englischen Pfund ist. Es ist aber wie das ägyptische in 1000 mils geteilt. So gibt es Kupfermünzen von 1 und 2 mils, durchlöchernte Nickel- von 5, 10, 20 mils und Silbermünzen zu 50 und 100 mils. Dann kommen die Papiernoten von 1, 5, 10, 50 und 100 Pfund in drei Aufschriften: englisch, arabisch und hebräisch. Das Volk begegnete anfangs dem neuen Gelde mit einem gewissen Mißtrauen. Durch die strengen Vorschriften der Regierung aber, sowie durch die Versicherung, daß das neue Geld auf gleichem Fuße wie das englische stehe, gewöhnte man sich langsam daran. Ein schönes arabisches Wortspiel bezeichnet so recht die Stimmung, mit der man dem neuen Gelde entgegenkam. „Wie heißt das neue Palästina-Geld?“ So fragt Ali seinen Freund Achmed. Antwort: „Wenn es Gold ist, heißt es: ‚Fulûs‘ (Geld), und wenn es Papier ist, heißt es: ‚Falâs‘ (eigentlich: iflâs, d. h. Bankerott).“ Auch das Ostjordanland nahm das neue Palästina-Geld an. Die Bevölkerung hat aber ein Jahr Zeit zum Umtauschen des ägyptischen Geldes gegen das palästinische. Die Regierung behielt sich jedoch das Recht vor, in Zukunft selbst eigenes Geld schlagen zu dürfen, wenn sie es für angebracht erachtet.

Auch mit einem *neuen Gesetzentwurf* über das Erziehungs- und Schulwesen wurden wir noch vor Jahresschluß beglückt, der der Regierung die Oberaufsicht über alle Arten Schulen zuspricht. Zu jeder Zeit können die Schulen von einem Bevollmächtigten der oberen Schulbehörde und von den Beamten der Gesundheitsbehörde besucht und nachgesehen werden, ob alles in Ordnung ist. Nur solche Schulen dürfen bestehen, die von der Regierung anerkannt und eingetragen worden sind. Keiner darf lehren, der nicht ein Lehrerzeugnis hat. Der Direktor der obersten Schulbehörde hat das Recht und die Pflicht, diese Lehrerzeugnisse nachzuprüfen und zu entscheiden, ob es genügend ist oder nicht, und dementsprechend kann er dann die Erlaubnis zum Lehren erteilen oder verweigern. Ferner erkennt der neue Gesetzentwurf die Stadträte der Gemeinde und die lokalen Gemeindeverwaltungen als Schulbehörden an mit dem Rechte, eine lokale Steuer zu erheben. — Diese Verordnung trägt bis jetzt weder Datum noch Unterschrift, ist also vorläufig nur ein Versuchsballon, um zu sehen, wie die Schulen der verschiedenen Nationen und Konfessionen sich dazu stellen werden. Frankreich, Italien und der lateinische Patriarch sollen schon Einspruch dagegen erhoben haben; alle sind darin einig, daß der Entwurf, so wie er jetzt ist, unmöglich angenommen werden kann, und man bezweifelt, ob die Regierung überhaupt das Recht habe, solche einschneidende Veränderungen des „an-

erkannten *Status quo*“ vorzunehmen. Wie dem auch sei, das ist sicher, wenn diese Verordnung durchgehen sollte, dann würde die oberste Schulbehörde der Regierung uneingeschränkte Rechte der Beaufsichtigung, Bestätigung und Schließung der Privatschulen aller Gemeinschaften haben. Die Folgen eines solchen Gesetzes für Palästina wären dann gar nicht abzusehen.

Wenden wir uns jetzt zum Gebiete der *Ausgrabungen*. Auch in diesem Jahre haben die verschiedenen archäologischen Institute und Altertumsfreunde ihre Forschungen auf dem Gebiete der Ausgrabungen fortgesetzt. Schon seit 1921 arbeitet im oberen Jordantale, südlich des Sees Genesareth die Pensylvania-Universität in *Beisan* und noch ist kein Ende dieses großen und kostspieligen Unternehmens abzusehen. Die Schuttmassen dieses alten Ruinenhügels bestehen aus acht Schichten, angefangen von der arabischen Periode (636 n. Chr.) bis zur Zeit 1500 v. Chr. Die Funde, die gemacht wurden, bestätigten den aus literarischen Quellen schon bekannten großen Einfluß, den Ägypten in jener Zeit auf Palästina ausübte.

Im alten *Sichem*, bei Nablus, setzte Prof. Dr. Sellin seine Ausgrabungen fort. Sie ergaben, daß das südliche Alt-Sichem noch ein beträchtliches Stück in das heutige Dorf Balata hineinragt und die alte Stadtmauer in der nächsten Nähe der Quelle läuft. Prof. Dr. Sellin hofft im nächsten Jahre den ganzen Hügel schichtweise abzutragen, ähnlich wie es die Amerikaner in Tell el Mute sellin, Megidde, tun.

Die Engländer nahmen ihre Ausgrabungen auf dem *Ophel* in diesem Jahre auf einem anderen Felde in Angriff und fanden Überreste aus der Zeit der Kaiserin Eudokia (5. Jahrhundert). Zuletzt fand man Mauerreste von 7 m Dicke. Dr. Crowfort, Direktor der britischen Schule und Leiter der Ausgrabungen, vermutet in diesen Mauerresten Ruinen der Stadtmauer aus der Makkabäerzeit.

Das Rätsel der alten Ruinen von Ramet el Chalil bei Hebron hat P. Dr. Evarist Mader allem Anscheine nach gelöst. Die Ausgrabungen, die er in diesem Jahre dort vornahm, ergaben Überreste der Modestus-Kirche und der noch älteren Konstantins-Basilika, von der der Pilger von Bordeaux im Jahre 333 berichtet, daß sie auf der Stelle erbaut wurde, wo die Terebinthe stand, unter der der Patriarch Abraham zeltete und die drei Männer bewirtete, von denen einer Jahwe selbst war. Doch scheint dieser Konstantinische Bau schon einen noch älteren vorgefunden zu haben; das beim Bau der Basilika verwandte ältere Material läßt vermuten, daß schon Herodes der Große seine Aufmerksamkeit dieser Stätte der Terebinthe zugewandt hat.

Am 15. September kehrte P. Pascal Robinson O. F. M., Apostolischer Visitator in Palästina, nach fast viermonatlicher Abwesenheit von Rom nach Jerusalem zurück. Er war unterdessen in Rom am 24. Juni zum Erzbischof von Tyana geweiht worden. Msgr. Pascal Robinson wird seine Aufgabe in Palästina zu Ende führen und dann einen ähnlichen höheren Posten im nahen Orient erhalten. Seine Hauptaufgabe scheint die Regelung der katholischen Missionen in Palästina und dem Ostjordanlande zu sein. Die politischen Umwälzungen in Europa brachten auch gewaltige Änderungen im nahen Osten mit sich. Sie rüttelten die Orientalen auf und der Ruf: „Der Orient den Orientalen!“ wurde auch leider auf das kirchliche Gebiet übertragen und brachte die christlichen Gemüter in Aufregung. Die katholischen Griechen glauben, jetzt sei ihre Zeit gekommen, und verlangen den Orient gleichsam als ihr ureigenes Missionsgebiet. Die Lateiner, so sagen sie, seien doch hierzulande früher alle einmal Griechen gewesen und nur aus Mangel an griechisch-katholischen Priestern Lateiner geworden. Sie gehörten somit eigentlich zu ihnen. Auch seien jetzt, wo die griechisch-katholische Kirche selbst hinreichende Kräfte stellen könne, die Lateiner, besonders im Ostjordanlande, ziemlich überflüssig, zumal sie doch ein Fremdkörper seien. In jedem Orientalen, der zum lateinischen Ritus überging, sehen sie gleichsam einen Verlust ihrer eigenen Kirche. Sie geben vor, es sei augenblicklich eine starke Bewegung der schismatischen Griechen im Ostjordanlande zur katholischen Kirche hin, sie weigerten sich jedoch energisch, mit lateinischen Priestern in Verbindung gebracht zu werden. In ihrem Übereifer vergessen die katholischen Griechen ganz, daß diese Bewegung nicht erst von gestern oder heute ist, sondern schon viele Jahrzehnte sich geltend macht, und von den lateinischen Patriarchen von Jerusalem gehegt und gepflegt wurde, wie dies die blühenden Missionsstationen des Lateinischen Patriarchates daselbst beweisen. Sollten wirklich diese schismatischen Griechen, die katholisches Leben nur durch die lateinischen Missionäre kennen lernten, die die lateinischen Priester so oft baten, doch auch zu ihnen zu kommen und Missionsstationen und Schulen zu errichten, die selbst heute noch mit Vorliebe ihre Kinder in lateinische Schulen schicken, sollten sie wirklich sich so energisch weigern mit lateinischen Priestern in Verbindung gesetzt zu werden?! Und wenn ja, woher dieser plötzliche Wechsel der Gesinnung? — Nur eine ungesunde Konkurrenz in der Seelsorge konnte solche „korinthische“ Zustände schaffen (I. Cor 3, 3). Etwas weniger starres Festhalten an Nebensächlichem und stärkeres Betonen der Hauptsache tut not, damit die Schismatiker, die man zu gewinnen hofft, an der gegenseitigen Liebe und Hochschätzung

und dem gemeinsamen Zusammenarbeiten sehen, daß in der Tat kein wesentlicher Unterschied zwischen Griechen und Lateinern in der katholischen Kirche besteht, sondern daß die Kinder der beiden Riten vielmehr zu der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche gehören. Möge die Visitation des neuen Erzbischofs Msgr. P. Robinson mit dazu beitragen, diesen Geist katholischer Liebe und Eintracht zu wecken und zu mehren.

Auf dem Ölberge wurde der Wiederaufbau der alten „Eleona“ in Angriff genommen. Bekanntlich soll an dieser Stelle, wo der Heiland einst seine Jünger belehrte und den Untergang Jerusalems verkündete, auf Betreiben des Erzbischofs von Toulouse, eine Votiv-Basilika des göttlichen Herzens Jesu errichtet werden. Der Heilige Vater Papst Pius XI. schenkte dem Erzbischof von Toulouse 75.000 italienische Lire für den Hochaltar der Votiv-Basilika auf dem Ölberge. Nachdem im Frühjahr dieses Jahres die Arbeiten begonnen, konnte am 28. September die Krypta der neuen Basilika durch den lateinischen Patriarchen Msgr. Aloisius Barlassina feierlich eingeweiht werden. Ein großer Teil der alten Paternoster-Halle mußte niedergerissen werden, da die Ruinen der alten Basilika aus dem 4. Jahrhundert sich bis tief in diese Hallen hinein erstreckten.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Wiederherstellung der ältesten Basilika der Verkündigung Mariens zu Nazareth haben in diesem Jahre begonnen. Zunächst arbeitet man an der Planierung des Geländes zwischen der St.-Josefs-Kirche und dem jetzigen Kloster und Sanktuarium der Verkündigung Mariens. Die neue Verkündigungs-Basilika, die auf den Fundamenten der alten Basilika erstehen soll, sowie die St.-Josefs-Kirche sollen mit dem ebenfalls neu zu bauenden Kloster (das alte steht dem Bau der neuen Basilika im Wege) durch einen Säulengang zu einem einheitlichen Ganzen verbunden werden.

Eröffnet wurde in diesem Jahre die neue italienische Kardinal-Ferrari-Hochschule in Jerusalem. Ebenso eröffneten die PP. Jesuiten bei Gelegenheit der 8. Heiligen-Land-Fahrt des päpstlichen Bibelinstitutes zu Rom das neue päpstliche Bibelinstitut in Jerusalem am 16. Oktober. Bei der Feier war zugegen der Gouverneur von Jerusalem, die Konsuln der verschiedenen europäischen Mächte, sowie die Oberen der verschiedenen geistlichen Anstalten Jerusalems. Von den 25 Teilnehmern der diesjährigen Studienfahrt des päpstlichen Bibelinstitutes (darunter zwölf teils frühere, teils jetzige Schüler des römischen Institutes) waren 1 Franzose, 2 aus Kanada, 2 Italiener, 4 Spanier, 5 Amerikaner, 7 Deutsche; ferner 1 Brasilianer, 1 Mexikaner und 2 aus Columbien. Alle diese Geistlichen,

Professoren und Ordensleute blieben einen vollen Monat im Heiligen Lande unter Leitung des P. Mallon S. J., Direktors des neuen Bibelinstitutes in Jerusalem.

Auch die Franziskaner eröffneten eine neue Bibelschule. Der Kursus dieses neuen Franziskaner-Bibelinstitutes soll vier Jahre umfassen. Die zwei ersten Jahre wird man höheren Studien in Rom obliegen, im internationalen Studienhause zu S. Antonio, die beiden letzten Jahre aber sind dem neuen Bibelinstitut in Jerusalem im Kloster der Geißelungskapelle vorbehalten. In diesem Jahre legten 9 Novizen der Franziskaner, die ihr Probejahr beendet haben, in Bethlehem ihre Gelübde ab. Neun andere erhielten das heilige Kleid und traten ins Noviziat ein.

Etwas bescheidener war die Eröffnung eines deutschen Werkes in Jerusalem in diesem Jahre. Neben dem St.-Paulus-Hospiz, das ebenfalls noch mehrere Jahre von der Regierung gemietet ist, wurde in einem kleinen Neubau im Garten des Hospizes das orientalische Institut der Görresgesellschaft eröffnet. Leiter des Institutes ist P. Evarist Mader. Der Deutsche Verein vom Heiligen Lande gewährte in dem kleinen erwähnten Neubau den Stipendiaten der Görresgesellschaft gastfreundliche Aufnahme.

Am 26. Oktober wurden im lateinischen Patriarchate zwei neue Priester geweiht, ein Engländer und ein Neuseeländer. Im ganzen wurden in diesem Jahre sieben neue Patriarchatspriester geweiht. Die Lücken, die der Krieg in die Reihen der Patriarchatspriester gerissen hat, füllen sich so, Gott sei Dank, langsam wieder.

Nach langen Jahrhunderten hat das Heilige Land zum ersten Male wieder Aussicht auf die Seligsprechung eines seiner Kinder. Es ist die ehrwürdige Dienerin Gottes Schwester Maria von Jesus dem Gekreuzigten aus dem Karmeliterinnenkloster zu Bethlehem. Sie wurde am 5. Jänner 1846 in einem kleinen Dorfe nahe bei Nazareth geboren und verlor schon früh ihre Eltern. Nach einem wunderbaren, aber sehr bewegten Leben im Orient kam sie zuletzt nach Frankreich, wo sie in Pau in das Karmeliterinnenkloster eintrat und danach einige Jahre in Mangalore in Indien verlebte. Gegen Ende ihres Lebens kam sie nach Bethlehem, wo sie an der Gründung des Klosters mitarbeitete und dort am 26. August 1878 im Rufe der Heiligkeit starb. 1919 eröffnete der Patriarch Msgr. Camassei von Jerusalem den Informationsprozeß, den der Patriarch Msgr. Barlassina 1922 vollendete. Noch im selben Jahre sandte er die Akten dieses Prozesses nach Rom und in diesem Jahre erlaubte der Heilige Vater die Eröffnung des Seligsprechungsprozesses.

Nach der letzten Volkszählung, deren Ergebnis jetzt vorliegt, betrug die Zahl der Bevölkerung Palästinas rund 887.000, und zwar: Mohammedaner 641.000, Juden 158.000 und Christen 78.000. Es ergab sich also für die letzten vier Jahre ein Zuwachs an 51.000 Mohammedanern, 74.206 Juden und 5526 Christen.

Literatur.

A) Eingesandte Werke und Schriften.

An dieser Stelle werden sämtliche an die Redaktion zur Anzeige und Besprechung eingelangten Schriftwerke verzeichnet. Diese Anzeige bedeutet noch keine Stellungnahme der Redaktion zum Inhalte solcher Schriftwerke. Soweit es der verfügbare Raum und der Zweck der Zeitschrift gestatten, wird die Redaktion nach freiem Ermessen Besprechungen einzelner Werke veranlassen. Eine Rücksendung der zur Besprechung eingesandten Werke erfolgt in keinem Falle.

Aeken, Bernhard van, S. J. *Geistes- und Herzensschule für Ordensschwester*. Paderborn 1928, Schöningh. Geb. M. 4.20.

Aeken, B. van, S. J. *Wert und Würde des heiligen Meßopfers*. Kurz erklärt. Lingen-Ems, R. van Aeken. M. —.15, bei Abnahme von 50 und mehr je M. —.10.

Acta V. conventus Velehradensis anno MCMXXVII post s. Cyrillum natum MC. Olomucii 1927. Sumptibus academiae Velehradensis.

Adam, Dr Karl. *Glaube und Liebe*. Regensburg, Jos. Habbel. Kart. M. —.50, geb. in Leinen M. 1.—.

Adrian, Dr theol. Jos. *Die Erziehung zur Frömmigkeit*. Ein Versuch streng psychologischen Aufbaues. (86). Bad Mergentheim 1927, K. Ohlinger. Geb. M. 2.20.

Anwander, Anton. *Die Religionen der Menschheit*. Einführung in Wesen und Geschichte der außerchristlichen Gottesvorstellungen nebst einem religionsgeschichtlichen Lesebuch. Mit einer Religionskarte in elf Farben und 29 Bildern auf 16 Tafeln. Gr. 8° (XX u. 568; 16 Tafeln, 1 Karte). Freiburg i. Br. 1927, Herder. M. 16.—, geb. in Leinwand M. 18.—.

Ars sacra. Schweizerisches Jahrbuch für christliche Kunst. Basel 1928, Gebr. J. u. F. Heß.

Auer, Dr theol. et phil. Wilhelm. *Das Sakrament der Liebe im Mittelalter*. 13 × 19 cm (144). Mergentheim, Karl Ohlinger. Geb. M. 3.—.

Bierbaum, Dr theol. et jur. can. Max. *Das Konkordat in Kultur, Politik und Recht*. (Schriften zur deutschen Politik. Herausgegeben von D. Dr Georg Schreiber, o. Univ.-Prof. in Münster, Dr rer. pol. h. c., Dr Ing. h. c., Dr med. h. c., M. d. R. 19. u. 20. Heft.) Gr. 8° (VIII u. 194). Freiburg i. Br. 1928, Herder. Kart. M. 5.60.

Böminghaus, Ernst, S. J. *Die Ascese der Ignatianischen Exerzitien*. Ihr Sinn und Wert im Lichte heutiger Fragen und Bedürfnisse. (Exerzitien-Bibliothek. Erläuterungen der Exerzitien und Ascese des heiligen Ignatius von Loyola. Herausgegeben von deutschen Jesuiten. 5. Band.) 12° (XVIII u. 176). Freiburg i. Br. 1927, Herder. Brosch. M. 3.50, geb. in Leinwand M. 4.30.

Brok, Dr Otto. *Über die spezifische Einstellung des Katholizismus zur Wirtschaft*. Essen 1927, Verlag des Verbandes Kathol. Kaufmänn. Vereinigungen Deutschlands.